

Die Titelgeschichte musste aus Copyright-Gründen zwei Monate nach Erscheinen in der »Warte« herausgenommen werden, ist aber unter <http://www.publik-forum.de/Publik-Forum-05-2014/das-dynamische-geheimnis> nach wie vor einsehbar.

Wir bedauern die entstandene Lücke in unserem Heft. Das Inhaltsverzeichnis ist damit um ca. 6 Seiten verschoben.

## Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts?

### Der Erste Weltkrieg (Teil 2)

#### 6. Friedensschluss

Ein Friedensschluss soll die durch den Krieg geschaffenen oder ermöglichten Veränderungen in feste, von allen Beteiligten anerkannte Bestimmungen fassen, nach dem Willen der Sieger – wenn diese klug sind, auch z.T. nach den Bedürfnissen der Besiegten. Er stellt damit Weichen für die Zukunft. Und das ist wohl der Grund dafür, dass viele das Schlagwort von der Katastrophe mehr auf den Friedensschluss als auf den Krieg selbst beziehen. Denn viele der in Versailles (eigentlich waren es fünf Verträge mit fünf Besiegten in fünf Vororten von Paris, aber »Versailles«, der Vertrag mit Deutschland, wurde zum Sammelbegriff) festgeschriebenen Bestimmungen wirkten sich verhängnisvoll aus. Manches davon hätte man bei rationaler Betrachtung voraussehen können, anderes nicht. Und die Umstände waren für eine rationale Betrachtung nicht geeignet.

Die Umstände: Die drei Vielvölker-Imperien Russland, Türkei, Österreich-Ungarn waren schon im Lauf des Jahres 1918 in sich zusammen- und auseinandergebrochen. Die Not der späte-

ren Kriegsjahre hatte die schon längst schwärenden ethnischen, sozialen und ideologischen Konflikte (s. Teil 1) explodieren lassen.

Und das bedeutete, dass ganz Mittel- und Osteuropa und der Nahe Osten neu geordnet werden mussten. Wer beobachtet hat, wie bis heute um jede Veränderung von Grenzen und Einflusszonen gestritten und oft gekämpft wird, weiß, dass eine solche Maßnahme nie zur Zufriedenheit aller gelöst werden kann, auch wenn sie zunächst von allen Beteiligten akzeptiert worden war. In Versailles aber unterschrieben die Besiegten nur unter der permanenten Androhung, dass widrigenfalls das ganze jeweilige Land besetzt würde.

Grob vereinfacht die wichtigsten territorialen Bestimmungen:

- An der Westgrenze Russlands entstand aus bisherigen russischen Provinzen eine Kette kleiner selbständiger Staaten, von Finnland im Norden über die Baltenstaaten und Polen bis zur (West-)Ukraine im Süden.
- Das Habsburgerreich – von Böhmen (Tschechien) über den Balkan bis zur griechischen Grenze – wurde in kleine Staaten aufgeteilt.

- Vom Osmanenreich blieb die Türkei, nun als Nationalstaat. Der Rest – von dort bis Ägypten – wurde formal ebenfalls in Kleinstaaten aufgeteilt, praktisch in die beiden Gebiete Syrien/Libanon und Palästina/Jordanien/Irak, und als sogenannte Völkerbundmandate unter englische und französische Verwaltung gestellt.

Sieht man das zusammen, so zeigt sich: das sind die Regionen, die uns bis heute nicht nur beschäftigen, sondern in Angst und Schrecken versetzen (bis vor ein paar Jahren gehörte auch der Balkan noch dazu). Das liegt nicht primär an den Verträgen von Versailles – z.T. waren die Probleme viel älter (s. Teil 1), z.T. kamen, vor allem in Nahost, immer neue, schwerwiegendere hinzu. Aber irgendwie hingen fast alle späteren Entwicklungen mit den Verträgen von Versailles zusammen – und das schwingt mit in dem Schlagwort von der Urkatastrophe.

Verhängnisvoll wirkte sich zudem aus, dass die Sieger – USA, England, Frankreich – zwei Kriegsziele vertraten, die absolut unvereinbar waren. Für das eine stand der amerikanische Präsident Wilson. Die USA waren zunächst neutral geblieben, getreu der Mahnung George Washingtons, sich nicht in europäische Händel einzumischen. Erst 1917 erklärten sie Deutschland den Krieg auf Grund eines schweren deutschen Völkerrechtsbruchs (unbegrenzter U-Boot-Krieg, auch gegen unbewaffnete Handelsschiffe neutraler Staaten) und trugen mit ihren großen Ressourcen an Menschen und Material entscheidend zum Sieg der Alliierten bei.

Wilson's großes Ziel war, eine globale Friedensordnung zu schaffen und die Voraussetzungen dafür in Versailles festzuschreiben. Die Eckpunkte, verkürzt:

- a. Das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker – bezogen primär natürlich auf die neuen Staaten und ihre Grenzen.

- b. Alle Staaten sollten Demokratien werden; gemeint waren die neuen Staaten und die Besiegten (Kolonien galten nicht als Staaten). Das würde den Frieden sichern, da nach Wilson's Meinung die Völker keinen Krieg wollten (schon der Kriegsausbruch hätte ihn eines Schlechteren belehren können).

- c. Die Einrichtung eines *Völkerbunds* aller Staaten mit der Verpflichtung, Streitigkeiten nicht mehr durch Kriege, sondern durch den Schiedsspruch eines *Internationalen Gerichtshofs* beizulegen. Ein völlig anderes Kriegsziel hatte, aus Verbitterung und aus Angst vor dem inzwischen größeren und potentiell stärkeren Nachbarn: Deutschland sollte so klein und schwach wie möglich gemacht und gehalten werden. Und es sollte bezahlen: nicht nur alle Kriegs- und Kriegsfolgekosten (bis hin zu den Hinterbliebenenrenten) und den gesamten Wiederaufbau – insgesamt wohl mehrere Milliarden Mark (genaue Zahlen gab es natürlich auch nicht). Frankreich setzte sich weitgehend durch, weil bei den Verhandlungen der Sieger Wilson, um sein Völkerbundprojekt zu retten, in fast allen anderen Punkten nachgab. So wurde der Vertrag mit Deutschland ein Vertrag zur Niederhaltung Deutschlands. So wurde er wahrgenommen, und das nicht ganz, aber weitgehend zu Recht.

## 7. Folgen

Sie sind so komplex und mit anderen Entwicklungen verwoben, dass man das nicht in der hier notwendigen Kürze beschreiben kann. Ich kann nur ein paar Streiflichter setzen, die mir wichtig erscheinen.

Von Wilsons Idealen war noch viel die Rede, von der Umsetzung weniger. Selbstbestimmung bezog sich nach innen auf die Demokratie, nach außen auf die Grenzen der neuen Staaten. Aber da es die klaren ethnischen Grenzen, die Wilson meinte, oft nicht gab, entschied meist der Wille der Sieger. In einigen ethnisch gemischten Grenzgebieten gab es Abstimmung, deren Ergebnisse anerkannt wurden, in den wichtigsten nicht. Der eklatanteste Fall war Österreich. Es war Restbestand des Habsburgerreichs, damals allein kaum lebensfähig, rein deutsch besiedelt. Ein Anschluss an Deutschland wäre nicht nur die vernünftigste Lösung gewesen, sondern die Erfüllung eines fast ein Jahrhundert alten Traums. Denn Österreich empfand sich als ein deutsches Land wie Bayern oder Sachsen, es hatte seit dem 14. Jahrhundert die meisten deutschen Kaiser gestellt. Als aber die Gründung eines deutschen Nationalstaats anstand – 1848 gescheitert, 1871 erfüllt –, blieb Österreich außen vor. Man konnte das Habsburgerreich nicht in einen deutschen Nationalstaat integrieren. Jetzt gab es dieses Hindernis nicht mehr. Da unter diesen Umständen aber klar war, wie eine Abstimmung ausfallen würde, wurde sie von Anfang an nicht zugelassen. Vor allem Frankreich wollte nicht als Folge des Sieges ein

Deutschland, das größer war als zuvor. Entscheidungen wie diese – es gab mehr davon – untergruben die Glaubwürdigkeit der Sieger und steigerten den Hass der Besiegten.

Ähnliches gilt für die Demokratisierung, wenn auch aus ganz anderen Gründen. Alle neuen Staaten wurden als parlamentarische Demokratien etabliert, ohne Befragung der Bevölkerung. Aber zwei Jahre später wurden von den ca. 15 Staaten nur noch Finnland und die Tschechoslowakei demokratisch regiert. In den übrigen hatten sich im Chaos der Nachkriegsjahre faschistische oder halb-faschistische, oft fanatisch nationalistische Diktaturen gebildet. Man kann Demokratie nicht von oben und von außen dekretieren.

Auch in Deutschland dauerte es bis 1923, bis die neue Demokratie sich einigermaßen etablierte. Aufstände, Putschversuche, Generalstreiks waren an der Tagesordnung, die Zahl der politischen Mordanschläge, vor allem von rechts, ging in die Hunderte; mehrmals musste das Heer gegen die eigenen Bürger eingesetzt werden. Das hatte politische und ideologische Gründe – die Rechten wollten zurück zum Kaiserreich, die radikalen Linken vorwärts zur »Herrschaft des Proletariats« nach russischem Vorbild. Aber zur Aufheizung der Stimmung trug wesentlich ein neuer Faktor bei: die Inflation. Im Kern ging sie auf die horrenden Kriegskosten zurück, für die Millionenheere, für die Entwicklung und den Einsatz der neuen schweren Waffen (s. Teil 1). Bezahlt wurden sie durch Kredite, teils aus dem Ausland –bis 1917 vor allem aus den USA–, teils

von den eigenen Bürgern: aus patriotischer Begeisterung legten die meisten ihr Erspartes in diesen Kriegsanleihen an. In Deutschland deckten die Steuereinnahmen gegen Ende des Kriegs nur noch ca. 15% des Staatsetats. Kredite gab es nicht mehr, also füllte man das Loch mit der Notenpresse. Gleichzeitig war die Zivil-Produktion auf das unerlässliche Minimum zurückgefahren. So entstand ein ungeheurer Nachfrageüberhang, und als nach dem Zusammenbruch die staatlichen Regelungen nicht mehr griffen, stiegen Preise und Löhne mit atemberaubender und sich laufend steigernder Geschwindigkeit. Anfang 1923 wurden die Löhne täglich ausgezahlt und anschließend gingen Arbeiter und Angestellte –unter Duldung der Arbeitgeber– einkaufen, weil man wusste, dass in ein paar Stunden die Preise wieder gestiegen sein würden.

Erst dann fand eine Regierung den Mut und das Parlament eine Mehrheit, den Irrwitz zu beenden. Die Reichsmark wurde für ungültig erklärt und durch eine neue Währung ersetzt, deren Ausgabe eng begrenzt und streng überwacht wurde. Umtauschkurs: 1 zu ca. 4 Millionen. Damit war praktisch alles Geldvermögen in Deutschland vernichtet. Millionen von Mittelständlern, die bisher eine gesicherte Existenz gehabt hatten, mussten nun von der Hand in den Mund leben; sie hungerten nicht, aber sie erlebten das als demütigend, als einen Abstieg in die Unterschicht und in die Armut. Und sie kreideten das neue unverstandene Unglück nicht der verfehlten Geldpolitik der Kriegs- und Nachkriegszeit an, sondern der demokratischen Regierung, die den

harten Schnitt gewagt hatte. Ein weiterer Grund für Hass und Verbitterung.

In Wirklichkeit schuf der Währungsschnitt die Grundlage, auf der überhaupt erst wieder vernünftig gewirtschaftet werden konnte. Denn wirtschaftlich hatte sich bis dahin nichts verbessert. Das lag zum einen Teil an den schweren politischen Unruhen, zum anderen an den übersteigerten Reparationsforderungen. Niemand investiert in einem Land, dessen wirtschaftliche und politische Zukunft völlig ungewiss ist. Aber ab 1923 setzte bei einem Teil der Politiker ein Umdenken ein: weg von den vom Krieg aufgeheizten Emotionen, hin zu einer Politik der Vernunft. Auf deutscher Seite bedeutete das die Anerkennung der Tatsache, dass man den Versailler Vertrag, den alle – von den Kommunisten bis zu den Nationalsozialisten – ablehnten, nicht aus der Welt schaffen konnte, indem man ihn lauthals verteufelte, sondern nur, sich darum bemühen, im Einvernehmen mit den Siegern, in kleinen Schritten und allmählich, Verbesserungen zu erreichen. Das bedeutete zunächst vor allem Verzicht: Anerkennung aller Gebietsabtretungen und auch einer Reihe von durchaus diskriminierenden Bestimmungen, auf denen die Sieger weiterhin bestanden; die schwerwiegendste: die militärische Entmachtung. Erlaubt war nur ein Heer von 100 000 Mann, ohne jegliche schwere Waffen. Das reichte für die Niederschlagung von Aufständen, aber niemals zur Verteidigung nach außen. Die nationalistischen Fanatiker tobten.

Auf Seiten der Sieger lautete die neue realistische Erkenntnis: es ist sinnlos und politisch hochgefährlich, Reparationen

**BIBELWORTE – KURZ BETRACHTET****Das Reich Gottes ist wie ein Sauerteig**

*Und wiederum sprach er: Womit soll ich das Reich Gottes vergleichen? Es gleicht einem Sauerteig, den eine Frau nahm und unter einen halben Zentner Mehl mengte, bis es ganz durchsäuert war. (Lukas 13, 20-21)*

In seiner Aussage entspricht dieses Gleichnis im Lukas-Evangelium dem vom Senfkorn in den vorangehenden Zeilen. Schon die Einleitung macht deutlich, dass Jesus den dort begonnenen Gedanken fortführen will. Hier wie dort kleidet er das Reden von dem entstehenden Gottesreich in bildhafte Worte aus der alltäglichen Erfahrungswelt seiner Zuhörer. Aus einem unscheinbaren Anfang entsteht ein überraschendes und – für die damaligen Zeitgenossen Jesu bestimmt, aber in gewisser Weise auch noch für uns – wundersames Ergebnis. Wir mögen heute besser die biologischen und chemischen Vorgänge des Wachstums einer Pflanze oder der Tätigkeit von Milchsäurebakterien und Hefepilzen im Sauerteig kennen, gleichwohl können wir das Ergebnis aus eigener Kraft nicht bewerkstelligen. Während das Senfkorn allmählich zu einem stattlichen Baum heranwächst, in dessen Zweigen die Vögel des Himmels wohnen, ist der Sauerteig in der Lage, eine große Menge Mehl zu durchsäuern und damit erst die Zubereitung eines Brotes zu ermöglichen. Es spricht einiges dafür, dass der Evangelist die Parabel auf die kleinen

judenchristlichen Gemeinden seiner Zeit gemünzt hat, die die ganze heidnische Welt durchdringen sollten. Vermutlich waren auch die ersten Tempeler von dem Gedanken beseelt, ihr Umfeld im Heiligen Land in ähnlicher Weise durch ihr beispielgebendes Siedlungswerk nachhaltig zu verändern. Zwar waren ihre religiösen Ziele zu hoch gesteckt, aber ändert das etwas an der richtigen Grundaussage, dass Menschen guten Willens damals wie heute ihre Umgebung und ihre Mitmenschen positiv verändern können? Insofern sollten wir die beiden Gleichnisse vom Senfkorn und vom Sauerteig auch als einen Weckruf gegen Entmutigung verstehen. Wie oft sagen wir uns mutlos schon am Anfang eines Vorhabens, dass wir es nicht schaffen, dass der Misserfolg gewiss sei, dass wir scheitern könnten – noch bevor wir richtig angefangen haben. Dabei liegt es doch im Wesen von allem Neuen, dass es zunächst unfertig und unvollkommen erscheint, aber in sich das Potential trägt, zu etwas Großem zu werden. So wie der Sauerteig im Mehl verborgen und quasi heimlich seine ansteckende Wirkung entfaltet, so kann auch die Botschaft vom Reich Gottes in uns seine Kraft entfalten und uns in die Lage versetzen, andere damit anzustecken. Wichtig ist nicht, will uns Jesus offenbar sagen, wie etwas erscheint, sondern was in ihm schlummert.

Um es mit Eugen Drewermann zu sagen: Was gibt es Schöneres, als den Anfängen zu vertrauen – vor ihnen liegt noch die ganze unverbrauchte Zukunft!

*Jörg Klingbeil*

zu fordern, die Deutschland nie würde bezahlen können, und das Land weiterhin als Feind und Paria zu behandeln.

Auf dieser Basis begannen jahrelange Verhandlungen – und sie führten zu einem Erfolg. Es wuchs wieder Vertrauen zwischen den bisherigen Feinden, es kam zu einer Versöhnung mit Frankreich; die Reparationen wurden ermäßigt und wenigstens etwas der deutschen Zahlungsfähigkeit angepasst; es gab wieder amerikanische Kredite, langsam begann die Wirtschaft zu wachsen, und damit stieg auch der Lebensstandard wieder etwas an. Die Fanatiker hetzten weiter, aber in dem Maße, in dem es wieder

Ordnung, Verbesserungen und Zuversicht gab, verloren sie an Einfluss. 1926 erhielten die beiden Politiker, die am intensivsten für die Versöhnungspolitik gekämpft hatten, Briand (Frankreich) und Stresemann (Deutschland), gemeinsam den Friedens-Nobelpreis, das Reich wurde in den Völkerbund aufgenommen. Deutschland war für die Welt wieder ein zwar nicht gleichberechtigter, aber anerkannter und vertrauenswürdiger Partner geworden. Es schien der Anfang einer neuen Friedensordnung – Es kam anders.

*Schluss folgt in der nächsten Ausgabe*

*Brigitte Hoffmann*

## Die »Warte«-Versandgruppe – ein Rückblick

### Eigenbeteiligung der Gemeinde an Redaktion und Versand des Monatsblattes

*Wie schon mehrfach berichtet, planen wir eine Zusammenstellung von Rückschauen auf unser Gemeindeleben seit Kriegsende. Der folgende Rückblick soll als Beispiel dafür dienen und unsere Leser dazu motivieren, auch ihrerseits solche Erinnerungen zu verfassen und an die TGD-Verwaltung einzureichen.*

Dem heutigen »Warte«-Empfänger ist gar nicht oder kaum mehr bewusst, wie viele Schritte früher einmal erforderlich waren und welche Eigenleistung unsere Gemeinde dafür aufbringen musste, dass unsere Monatsschrift erscheinen und den Mitgliedern und Abonnenten zugestellt werden konnte. Es war noch die Zeit, als die elektronische Datenverarbeitung noch ganz am Anfang ihrer raketenhaften Entwicklung stand und noch keine PCs in den Räumen unse-

rer Gemeindeverwaltung standen. Es war die Zeit, als die Empfängeradressen noch mit Schwamm und farbabgebender Abrollschablone oder später mit geprägten Blechplättchen auf den Versandumschlag aufgebracht wurden, was – im Vergleich zur heutigen Adressiermethode – verständlicherweise sehr zeitaufwändig war.

Es war die Zeit, als es noch keinen Computersatz gab und unser Schriftleiter Hans Lange die (hand- oder maschinengeschriebenen) Manuskripte zuerst zur Texteingabe durch eine Teilzeitbeschäftigte des Satzbüros nach Leinfelden bringen, dann einen Tag später den Text-Ausdruck zur Korrektur-Lesung abholen und anschließend vom Satzbüro im Stuttgarter Westen in korrekter Schriftart ausdrucken lassen musste. Die daraus resultierenden Papierstreifen der

Textspalten wurden dann auf geeigneter Tischplatte mit seitlichen Begrenzungsmarkierungen seitenweise auf die entsprechende Seitenlänge geschnitten und zusammengeklebt und dann das Ganze zum Druckereibetrieb gegeben. Dort wurde die Zeitschrift so gedruckt, dass jeweils Stapel der einzelnen Doppelseiten entstanden (zwei Seiten auf dem Blatt vorne, zwei hinten).

Diese Stapel wurden dann von der Dru-

auf ihre Weise einen Beitrag zur kostengünstigen Herstellung unserer Publikation. Alle haben diese Arbeit gern getan, war es doch auch eine willkommene Zusammenkunft mit Freunden zu Gespräch und Gedankenaustausch. Erfreulicherweise besitzen wir noch eine Fotoaufnahme von einem solchen Versandtag am großen Tisch vor dem Haifa-Bild. Darauf zu sehen sind (von links nach rechts): Johanna Stahl, Luise



ckerei abgeholt und ins Gemeindehaus gebracht, wo sich inzwischen die Versandgruppe, bestehend aus Rentnern und Hausfrauen, um den großen Tisch im Klubraum versammelt hatte, um die Papierstapel nach Seitenzahl geordnet zusammenzulegen, zu falten, in der Mitte mit zwei Heftklammern zu versehen und das entstandene Heft in die adressierten Umschläge einzuschieben.

Auf diese Weise waren mindestens ein Dutzend Gemeinde-Angehörige in diese Aktion eingebunden und leisteten

Kirchner, Eva Hoffmann, Grete Lange, Hedwig Sanzi, Herta Struve, Frieda Baker. In die Arbeit des Heftens, bewirkt durch ein Herunterdrücken eines Hebels an der Heftmaschine, teilten sich die mit größerer Armmuskulatur versehenen männlichen Senioren Paul Struve und Rolf Kirchner (die hier allerdings nicht mit aufs Bild gekommen sind).

So vollzog sich also in den siebziger Jahren die Herausgabe der »Warte des Tempels«. Heute ist vieles einfacher geworden, obwohl auch jetzt noch meh-

rere Templer bewusst in diese Aufgabe eingebunden sind (so geschieht die Arbeit von Auswahl und Aufbereitung der zu veröffentlichenden Texte seit Längerem jetzt durch die fünf Mitglieder des Ältestenkreises). Weiterhin kann durch die Fortschritte in der Datentechnik mancher Arbeitsschritt auch zuhause ausgeführt und die Übermittlung von Manuskripten oder Dateien durch Internet-Kommunikation bewirkt werden. Für das Zusammenführen der einzelnen Zeitschriftenseiten, das Zusammenheften und Falten

gibt es maschinelle Einrichtungen bei den Druckereien, die die Gesamtkosten der Zeitschrift für uns nicht wesentlich belasten. So sehr wir den technischen Fortschritt auf diesem Gebiet auch begrüßen, bedauern wir, dass dadurch Möglichkeiten der Einbindung von Mitgliedern in das Gemeindeleben wieder entfallen sind. Wir sollten deshalb daran denken, neue Möglichkeiten anderswo dafür zu entdecken und zu verwirklichen.

*Peter Lange, Ältestenkreis*

## Problematische Handysucht?

### Eine App für die »digitale Diät«

Seit einiger Zeit sind sie kaum zu übersehen: Zahlreiche – vor allem jüngere – Leute, die überall, wo sie gehen, stehen oder sitzen, bevorzugt in öffentlichen Verkehrsmitteln, auf ihr Smartphone, also ein internetfähiges Mobiltelefon, starren, um dort die neuesten Mitteilungen ihrer Freunde zu lesen oder selbst Nachrichten an diese zu verfassen, im Internet zu surfen, auf dem Gerät Musik zu hören oder zu spielen. Gerade junge Menschen können sich ein Leben ohne Smartphone oft gar nicht mehr vorstellen. Doch wie oft holen sie am Tag das Handy tatsächlich aus der Tasche? Eine aktuelle Studie der Universität Bonn förderte überraschende Ergebnisse zu Tage. Dort hatten Informatiker und Psychologen ein Zusatzprogramm für mobile Geräte, eine sog. App mit dem Namen »Menthal Balance«, entwickelt, die es Smartphone-Nutzern ermöglicht, ihren eigenen Umgang mit dem Handy zu analysieren. Wer es (freiwillig) installiert, kann

dann zum Beispiel sehen, wie viel Zeit er täglich mit dem Gerät verbringt und welche Anwendungen er am häufigsten verwendet. Die wichtigsten Daten werden anonymisiert an einen Server der Universität übermittelt und dort von den Forschern ausgewertet. Zwar gehörten die 50 Testpersonen der ersten Pilotstudie überwiegend der Altersgruppe der Vielnutzer zwischen 17 und 23 Jahren an, deren Nutzungsintensität übertraf dennoch die Prognosen der Tester. So wurde das Smartphone sage und schreibe rund 80mal am Tag eingeschaltet, unter Abzug der Nachtruhe alle zwölf Minuten. Ein Viertel der Probanden nutzte das Gerät mehr als zwei Stunden am Tag. Am häufigsten wurden soziale Netzwerke wie Facebook und Chatdienste genutzt. Das eigentliche Telefonieren nahm durchschnittlich nur noch sechs Minuten in Anspruch. Die kostenlose App wurde nach den ersten Medienberichten über die Pilotstudie – teilweise unter



reißerischen Überschriften wie »Hilfe gegen Handysucht« - über 30.000mal heruntergeladen. Die Nutzungsintensität der Teilnehmer nahm gegenüber der Pilotstudie sogar noch erheblich zu und stieg im Durchschnitt auf 135mal pro Tag, die Nutzungsdauer auf drei Stunden. Die große Nachfrage überraschte auch die Forscher und offenbarte ihres Erachtens eine latente Problematik. Das Hauptinteresse der Bonner Forscher galt denn auch, wie Dr. Christian Montag, Privatdozent für Psychologie, erläuterte, dem problematischen Smartphone-Gebrauch: »Wir wollten wissen, wie viel Mobiltelefon-Konsum normal ist und ab wann von einem Zuviel zu sprechen ist.« Seines Erachtens ähnelt der Handygebrauch dem Umgang mit einem Glücksspielautomaten oder mit Alkohol. Zwar handele es sich bei der möglichen neuen Sucht noch nicht um eine offiziell anerkannte Erkrankung, dennoch könne der Umgang mit dem Mobiltelefon suchtähnliche Symptome hervorrufen. So könne ein übermäßiger Konsum zur Vernachlässigung von wichtigen täglichen Aufgaben oder des direkten sozialen Umfelds führen. Bei Nichtnutzung könne es sogar zu regelrechten Entzugserscheinungen kommen. Die Forscher rechtfertigen ihre scheinbar widersprüchliche Idee, problematisches Nutzungsverhalten ausgerechnet mit Hilfe einer besonderen App messen zu lassen, mit der Unzuverlässigkeit bisheriger Studien, die auf die Selbstauskünfte von Testpersonen angewiesen gewesen seien. Auch wer »Mental Balance« nutze, werde keine Auswertung erhalten, ob er süchtig ist oder nicht.

Schließlich sollten durch die App erst Daten für weiterführende Studien ermittelt werden. Immerhin könne auch der Teilnehmer profitieren, denn die App vergleiche das eigene Nutzungsverhalten mit dem Durchschnitt aller Nutzer der App, so dass daraus Anhaltspunkte für eine »unnormale« Nutzung gewonnen werden könnten. »Wenn Sie eine digitale Diät machen wollen, dann stellen wir Ihnen dazu die Waage zur Verfügung«, erklärte einer der Forschungsleiter.

Mit der vermuteten Smartphone-Abhängigkeit geht offenbar eine erhebliche finanzielle Überschuldung einher: Wie das Statistische Bundesamt vor kurzem mitteilte, verschulden sich junge Menschen überdurchschnittlich oft bei ihren Telefon- und Internetanbietern. Die unter 25-Jährigen, die sich im Jahr 2013 von Schuldnerberatungsstellen beraten ließen, standen mit durchschnittlich 1.350 Euro bei Telekommunikationsanbietern in der Kreide, das waren 18 Prozent ihrer gesamten Schulden und damit rund sechsmal so viel wie im Durchschnitt aller Beratungsfälle.

*Jörg Klingbeil*